

Die Kirchen mußten sich einsetzen für die Stärkung des Willens zum Teilen, für tatkräftige Solidarität zur Verwirklichung der Gerechtigkeit, für die Einschränkung jeder Form von Machtgier individueller, wirtschaftlicher oder politischer Art. Kritik müsse sich aber „auf dem Boden der Realitäten abstützen“ und dürfe nicht „irgendeine ideelle und utopische Gesellschaft zum Maßstab nehmen“. Ausführlich sprach de Smedt von der Verantwortung des reichen Europa für die Entwicklungsländer und plädierte für eine „neue Weltordnung“ auf dem Fundament der Solidarität. „Eine Aktion der Kirchen für den Frieden verlangt eine Aktion für die Neuverteilung der Güter auf interkontinentaler Ebene.“ Von diesen politischen Postulaten aus kam Bischof de Smedt nochmals auf die individuelle Dimension des Friedensbeitrags der Verkündigung der Kirchen zurück: Vertrauen und Hoffnung, evangelische Schlichtheit und Armut, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft seien Grundhaltungen, ohne die Europa seinen Weg nicht finden und ohne die eine Weltordnung des Friedens und der Gerechtigkeit nicht geschaffen werden könne.

Erst ein Anfang

Die zum Schluß verabschiedete gemeinsame „Botschaft“ mußte naturgemäß so verfaßt werden, daß sie weniger das ausdrückte, bezüglich dessen in Referaten und Diskussionen in politischer und theologischer Hinsicht Kontroversen sichtbar wurden, als das, worin man übereinkam. Die Erklärung ist deshalb recht allgemein gehalten; ihr Wert liegt weniger in den Sachaussagen als darin, daß sie eine *gemeinsame* Absichtserklärung *aller* Kirchen Europas ist. Erstmals bekennen sich anglikanische, katholische, orthodoxe und protestantische Kirchen in einer einvernehmlich verabschiedeten Entschließung zur Verpflichtung, die volle Kirchengemeinschaft anzustreben und sich zusammen für den Frieden in Europa und der Welt einzusetzen.

Die Konferenz war bereits bei ihrer

Ankündigung als „historisches Ereignis“ bezeichnet worden (vgl. KNA, 22. 3. 78). In gewisser Weise war sie das zweifellos. Trotzdem darf man kurzfristig nicht zuviel erwarten. Denn die beiden Träger des Treffens zählen nicht gerade zu den starken kirchlichen Institutionen, beide sind nur lose Dachverbände, denen von ihren Mitgliedern nicht allzu viele Mittel und Kompetenzen zugestanden werden. Innerhalb der KEK machen die konfessionell und geographisch-politisch unterschiedenen Mitgliedskirchen ihre

Tauwetter für DDR-Christen?

Das Spitzengespräch von Vertretern des DDR-Kirchenbundes mit dem SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden *Erich Honecker*, das am 6. März in Ost-Berlin stattfand (vgl. HK, April 1978, 204f.), hat das Verhältnis zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche in der DDR ohne Zweifel auf eine neue Stufe gestellt, zumindest jedenfalls protokollarisch. Anders als die katholische Kirche, die in ihrer Diasporasituation durchgängig sehr stark auf eine klare Distanz zum SED-Staat hielt und weiterhin hält, hat die evangelische Kirche auf Grund ihrer Mehrheitsposition und auf Grund anderer theologischer, sozialetischer und geschichtlicher Prämissen sich seit langem um ein Auskommen mit Regierung und Partei bemüht. Die Begleitumstände des jetzigen Gesprächs sprechen dafür, daß es sich dabei um ein Ereignis handelte, das in seiner Bedeutung über den Tag hinausreicht. Erstmals gab es nämlich eine offizielle Begegnung zwischen der Staats- und Parteispitze und den gewählten – also nicht etwa vom Staat ausgesuchten – Repräsentanten der evangelischen Christenheit. Die Kirchendelegation unter Leitung des Ost-Berliner Bischofs *Wilhelm Schönherr* konnte sich in ihrer Verhandlungsposition auf ein einstimmiges Votum der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR berufen.

War es von seiten der Kirche hauptsächlich darum gegangen, die andau-

Selbständigkeit geltend, dem CCEE ist weder von nationalen Bischofskonferenzen noch vom vatikanischen Staatssekretariat sehr viel Eigengewicht zugebracht. Gleichwohl ist es erfreulich, daß in Chantilly ein weiteres Zusammentreffen auf dieser Ebene vereinbart wurde. Denn bei Begegnungen wie der in Chantilly kommt es weniger darauf an, was sie an greifbaren Ergebnissen erbringen, als darauf, was sie an Signalwirkung auf dem gemeinsamen Weg zu faktischen Konsequenzen zeitigen.

H. G. K.

ernden Benachteiligungen und Diskriminierungen von Christen (insbesondere Jugendlichen) in der DDR zur Sprache zu bringen und von der Staats- und Parteiführung verbindliche Zusagen bezüglich der Chancengleichheit der Christen in der Gesellschaft zu erhalten, so wurde dieses Ziel mit dem Gesprächsergebnis und der Form seiner Veröffentlichung erreicht. Andererseits dürfte es gelungen sein, den Eindruck zu vermeiden, es habe sich die „Kirche im Sozialismus“ – wie sich die evangelische Kirche in der DDR programmatisch nennt – vom Staat „umarmen“ lassen. Die auf der ersten Seite der DDR-Zeitungen, auch des „Neuen Deutschland“, veröffentlichte Pressemitteilung über das Gespräch enthält nur wenige gemeinsame Aussagen formaler Natur sowie die Feststellung, „daß die Beziehungen der Kirchen zum Staat in den letzten Jahren zunehmend von Sachlichkeit, Vertrauen und Freimütigkeit geprägt waren“. Ansonsten wird statt gemeinschaftlicher Erklärungen einfach nebeneinander gestellt (zum Teil in wörtlichen Zitaten), was Honecker und Bischof Schönherr in ihren jeweiligen Erklärungen gesagt haben. Dadurch werden die Standpunkte nicht verwischt, und insbesondere war durch diese Form des Kommuniqués dafür gesorgt, daß die Äußerungen von Honecker parteioffizieller Klartext geblieben sind, auf den man sich allen Funktionären und Genossen gegenüber berufen kann.

Nach dem Spitzengespräch

Gerade darauf kommt es aber an. Das machten auch alle Erklärungen deutlich, die von offizieller kirchlicher Seite nach dem Gespräch abgegeben wurden. Einige Wochen nach der Unterredung mit Honecker nutzte Bischof Schönherr eine Rede vor der in Ost-Berlin tagenden *Synode für den Ostteil der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg*, um auf die Begegnung vom 6. März zurückzukommen (vgl. epd, 3. 4. 78). Er erklärte, die christlichen Bürger und die Kirchen hätten in der von der SED geführten DDR nicht nur Lebensrecht, „sondern auch ein Recht der Mitgestaltung“. Diese Linie sei von Honecker jetzt „mit größtmöglicher Verbindlichkeit“ markiert worden. Im Rahmen dieser Grundaussage forderte Schönherr die Synodalen und alle Christen in der DDR auf, die von Honecker gleichfalls als „verbindliche Norm“ bezeichnete Zusage der Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger ernst zu nehmen und die Ergebnisse des Gesprächs auf allen Ebenen abzurufen. Die Grundsatzklärungen müßten jetzt „von jedem einzelnen, von Christen und Marxisten, ratifiziert werden“. Honecker selbst habe von der Notwendigkeit gesprochen, die Gesprächsergebnisse auch „in der Vertikalen“ durchzusetzen.

Auf derselben Synodentagung gab der Leiter des Sekretariats des DDR-Kirchenbundes, *Manfred Stolpe*, eine als „Kommentar“ zu dem Spitzengespräch bezeichnete Stellungnahme ab. Auch Stolpe betonte, daß es „um das alltägliche Leben der Menschen“ gehe. „Staat und Kirche haben es mit denselben Menschen zu tun. Diese Menschen sind nicht teilbar und dürfen nicht zwischen antagonistischen Grundauffassungen zerteilt oder zerrieben werden. Und diese Menschen dürfen auch nicht mit administrativen Mitteln zu einer anderen Weltanschauung genötigt werden, auch nicht in der Schule.“ Gleichbehandlung aller Bürger und die Möglichkeit für jeden Bürger, gerade auch den Jugendlichen, zu hoher Bildung, Ausbildung und Entwicklung zu kommen, seien vom

Staatsratsvorsitzenden zu einer verbindlichen Norm erklärt worden und müßten durchgesetzt werden. Das sei das Ergebnis eines kontinuierlichen beiderseitigen Lernprozesses. Dazu gebe es keine vernünftige Alternative. „Denn in diesem Lande sind Bürger unterschiedlicher Weltanschauung aufeinander angewiesen.“

Stolpe erinnerte in seiner Erklärung auch daran, daß das Gespräch mit Honecker auf der Grundlage einer *klaren Trennung von Kirche und Staat* geführt worden sei. Es gebe kein neues Bündnis von Thron und Altar und in den großen weltanschaulichen Unterschieden zwischen dem marxistisch-leninistisch geführten Staat und der Kirche werde es auch keinen „Wandel durch Annäherung“ geben. Deshalb würden die Kirchen auch nach dem 6. März 1978 keine sozialistischen Massenorganisationen sein. Es sei aber für die Gläubigen *und* alle Bürger wichtig, daß die Kirchen real als eigenständige Größe in der Gesellschaft anerkannt seien. „Dabei sollte es uns nicht bekümmern, daß der Atheist heute die Bedeutung der Kirche an ihrem gesamtgesellschaftlichen Nutzen mißt. Wir sollten im Gegenteil zum Beispiel der diakonischen Arbeit dankbar dafür sein, daß sie im Handeln die Botschaft erkennbar macht.“

Ganz anders als die kirchlichen Stellungnahmen, die von dem Gespräch mit Honecker positive Auswirkungen für die Zukunft erwarten, sieht die *Ost-CDU* in der Begegnung der Kirchenführer mit Honecker eine Bestätigung der „bereits bestehenden guten Verhältnisse“. Es war aufgefallen, daß der Vorsitzende der DDR-CDU, *Gerald Götting*, der im Staatsrat der für Kirchenfragen zuständige Stellvertreter Honeckers ist, an dem Gespräch am 6. März nicht beteiligt worden war. Er wurde erst nachträglich von Honecker über den Verlauf der Begegnung informiert. Das dürfte dafür sprechen, daß – wahrscheinlich von beiden Seiten – bekundet werden sollte, daß man auf die Vermittlung selbsternannter Christenvertreter verzichten will. Daß sich die *Ost-CDU* wesentlich mehr durch Beflissenheit gegenüber dem Staat als durch Solidarität zur Kirche auszeich-

net, wurde wieder einmal sehr deutlich in einem Kommentar, der am 8. März im *CDU-Zentralorgan* „*Neue Zeit*“ erschien. War es der Kirchendelegation um die Artikulation ihrer Sorgen gegangen, so verwies die *Ost-CDU* auf die „beglückende Grunderfahrung unserer Mitglieder und vieler parteiloser Christen“. Hinter den Verfassungsnormen stünde – so hieß es in dem Kommentar – bereits eine „tausendfach bewährte Wirklichkeit“. „Es sind dies die guten Erfahrungen ungezählter Christen, die in tagtäglich praktizierter Mitverantwortung für das Ganze immer wieder aufs neue erleben, daß in unserer sozialistischen Gesellschaft alle, die sie gestalten helfen; ‚Bürger erster Klasse‘ sind“ (vgl. epd-Dokumentation 15/78).

Weder Konfrontation noch Akklamation

Solche Formulierungen, durch die faktisch das Gespräch, so wie es von der Kirchenleitung geführt wurde, nachträglich für überflüssig erklärt wird, sagen mehr über das „Beleidigtsein“ der nicht Eingeladenen als über die wirklichen Verhältnisse in der DDR. Damit wird nichts anderes geübt als jene Form von „opportunistischer Akklamation“, die der Görlitzer Bischof *Hans-Joachim Fränkel* als für das Klima zwischen Staat und Kirche ebenso schädlich bezeichnete wie die „ungute Konfrontation“. Vor beidem warnte der Bischof in einer Grundsatzrede vor der Provinzialsynode seiner Kirche, der kleinsten der im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR zusammengeschlossenen acht Landeskirchen. Fränkel bezog sich in seiner ausführlichen Rede (vgl. den Wortlaut in FAZ, 6. 4. 78), die einen sehr aufschlußreichen Einblick in die Lage der evangelischen Kirche in der DDR gab, auf das Gespräch vom 6. März – an dem er selbst nicht beteiligt war – und knüpfte gleichzeitig bei der Skepsis an, die gerade bei treuen Kirchenmitgliedern gegenüber allen Gesprächen mit Vertretern der DDR-Staatsführung verbreitet ist.

Er bezog sich im einzelnen auf die drei wohl entscheidenden Einwände. Ge-

gen den ersten, daß nämlich der *unüberbrückbare Gegensatz zwischen dem Evangelium und dem dialektischen Materialismus* die Gespräche sinnlos mache, wandte Fränkel ein, daß es in den Gesprächen nicht um eine theoretische Diskussion über die letzte Wahrheit gehe, sondern um die Aufgabe, in konkreten Fragen „zu einem guten Miteinander der Menschen in unserer Gesellschaft wie in der Welt überhaupt zu helfen“, wobei er einräumte, daß es im Blick auf entscheidende Lebensfragen und Nöte der Welt neben allen Unterschieden auch gemeinsame ethische Postulate – trotz entgegengesetzter Voraussetzungen – gebe.

Das weitere Bedenken, die Gespräche seien unwahrhaftig bzw. unmöglich, weil die *marxistische Erwartung vom Absterben der Religion* den sozialistischen Staat zwingt, offen oder verdeckt Sterbehilfe zu leisten, bezeichnete der Bischof als „gefährliche Scheinlogik“. Er argumentierte genau umgekehrt: je gewisser die Erwartung des Absterbens der Religion in einem objektiven Gesellschaftsprozess sei, um so weniger könne die Neigung bestehen, „das Ende eines offenbar zählbaren Todeskandidaten durch administrative Mittel zu beschleunigen, weil sich darin eine Unsicherheit der eigenen Erwartung verrät“. Fränkel behaftete das Gegenüber gleichsam bei seinem marxistischen Bewußtsein – zugunsten der Kirche: „Je sicherer ein vom Marxismus-Leninismus geprägter Staat in seiner Zukunftserwartung ist und je gewisser eine Kirche die Zukunft ihres Herrn erwartet, um so gelassener können beide . . . frei von allem Fanatismus die Zukunft offenlassen, sich den in der Gegenwart sie verpflichtenden Aufgaben zuwenden, Probleme in sachgerechten Gesprächen klären und echte Spannungen wie Widersprüche unterhalb der Schwelle der offenen Konfrontation halten.“

Gegen den Einwand, die Gespräche mit dem Staat würden *keine Ergebnisse* zeitigen, verwies Fränkel einerseits auf Zugeständnisse in Einzelfällen (wie die Abstellung bestimmter Mißbräuche nach kirchlichem Protest oder die Ge-

nehmigung zu Kirchenneubauten) und andererseits auf die Zusagen Honeckers.

In den grundsätzlichen Passagen seiner Rede bedauerte Fränkel das „Mißverständnis“, „*Kirche im Sozialismus*“ bedeute soviel wie „*sozialistische Kirche*“. Die Kirche dürfe „die im Evangelium begründete und begrenzte Solidarität“ nicht mit politischer Identifikation verwechseln und ihren *eigenständigen* Beitrag der Weltverantwortung versäumen. Die Kirche dürfe sich deshalb von der Gesellschaft und vom Staat nicht auf den Kult und private innerliche Erbauung beschränken lassen. „*Kirche im Sozialismus* ist die Kirche, die zwischen den Abgründen unfruchtbarer Konfrontation und unglaubwürdiger Akklamation in der durch Christus geschenkten Freiheit zum Dienst und damit im Gehorsam des Glaubens ihren Weg als Zeugniskommunität zu gehen sich bemüht.“

Auf dem Hintergrund dieser prinzipiellen Ortsbestimmung sprach der Görlitzer Bischof auch *konkrete Probleme* an. Es dürfe – so betonte er – bei keinem Vertreter der Kirchen im Rahmen ihres internationalen und ökumenischen Engagements dahin kommen, daß sein Beitrag auf Konferenzen hinter den Kulissen als „Fahrkartenrede“ bezeichnet wird, die von der Sorge diktiert ist, das nächste Mal wieder fahren zu können. Nur die „Freiheit der Kirche zu ihrem Eigensein“ gebe ihr die Möglichkeit, in die weltweite Bemühung um Frieden und Verständigung ihren Beitrag einzubringen. Im Hinblick auf die *Wehrerziehung*, die demnächst als Pflichtfach in den Schulen der DDR eingeführt werden soll, sagte Bischof Fränkel, die Behauptung, daß Wehrdienst Friedensdienst sei, sei zwar rational einsichtig, es gehe aber darum, diese These in ihrer Spannung so durchzuhalten, daß emotionale Elemente nicht heimlich die Priorität des Friedens im Bewußtsein verdrängten. „Die Achtung der Meinung des anderen, Toleranz und Koexistenzdenken müssen das mit jeder Wehrerziehung verbundene Freund-Feind-Denken in jener Relativität halten, die den Absturz in blinden Haß verhindert.“ In bezug auf die Belgrader Helsinki-

Folgekonferenz sprach Fränkel von einem enttäuschenden Ergebnis, konzedierte aber unter Hinweis auf das „Spitzengespräch“, daß die DDR-Regierung bereit sei, ihr Bemühen um Realisierung der Absichtserklärungen von Helsinki fortzusetzen. Ebenso müsse der Prozeß der Entspannung weitergehen. Innerhalb dieses Prozesses sei es Aufgabe der Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR, ihre Verantwortung für den Frieden auch darin wahrzunehmen, daß sie in ihrer jeweiligen Situation alles ihnen Mögliche tun, um zu einer Verbesserung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten beizutragen.

Bischof Fränkel sprach schließlich auch zwei der heikelsten Themen an, die es in der DDR gegenwärtig zwischen Kirche und Staat gibt: den *Bildungssektor* und die Problematik der *Übersiedlungsanträge*. Er erinnerte dabei an die von Honecker am 6. März gegebene Zusicherung, daß „unsere Gesellschaft jedem Bürger *Sicherheit* und *Geborgenheit* bietet“. Für den Bildungssektor müsse das bedeuten: auch wenn sich die Spannung zwischen Glaubens- und Gewissensfreiheit und dem Erziehungsziel der kommunistischen Persönlichkeit nicht aufheben lasse, müsse sie unterhalb der Schwelle der Konfrontation bleiben und dürfe nicht verhindern, „daß jeder, der sich redlicherweise nicht zum Marxismus-Leninismus bekennen kann, in unserer Gesellschaft *Geborgenheit* findet“. Fränkel appellierte in diesem Zusammenhang an die Lehrer, die Gewissen zu schonen.

Bezüglich der *Übersiedlungsanträge* berief sich der Bischof auf kirchliche Stellungnahmen seit 1961, die zum Bleiben in der DDR auffordern. Es gebe aber Fälle, „denen wir aus echt humanitären Gründen unsere Unterstützung nicht versagen dürfen“. In den meisten Fällen sei es aber seelsorgerliche Aufgabe, den Betroffenen dazu zu helfen, „daß sie zu einem Annehmen unserer Gesellschaft zurückfinden und ihre Wünsche hinter der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft zurückstellen“. Eine Not in diesen Gesprächen sei die Meinung, „daß

man nach Stellen eines Übersiedlungsantrags ein Gezeichneter in unserem Staat ist, der keine Chance mehr hat“. Fränkel richtete deshalb an die staatlichen Stellen die Bitte, bei den Verhandlungen mit den Antragstellern sich von den Zielen leiten zu lassen, die der SED-Chef mit „Sicherheit“ und „Geborgenheit“ bezeichnet hat.

Ein Wechsel auf die Zukunft

Die ebenso realistische, fromm-lutherische wie politisch behutsame Rede von Bischof Fränkel gibt ein ziemlich klares Bild davon, wie die evangelische Kirche in der DDR heute ihre Lage einschätzt, wie sie theologisch und pastoral ihren Ort in ihrer gesellschaftlichen Umwelt definiert und was sie sich dem Staat gegenüber an offenen Worten zutrauen kann. Diese Lage der Kirche wurde durch das Gespräch auf höchster Ebene nicht grundlegend verändert, eher wurden durch dieses Gespräch bereits erfolgte Entwicklungen nur auf einen neuen Stand gebracht bzw. schon seit längerem bestehende

Erwartungen der Kirche staatlicherseits noch einmal bestärkt.

Ob die Situation der evangelischen Christen in der DDR nach den großen Worten Honeckers tatsächlich besser wird, bleibt eine offene Frage. Es wird darauf ankommen, was aus den konkreten kirchlichen Desideraten wird, die vom Kirchenbund vorgetragen wurden (unter anderem hinsichtlich kirchlicher Sendungen in Rundfunk und Fernsehen, in Sachen Gefängnis-seelsorge und Altersversorgung kirchlicher Mitarbeiter). Vor allem aber wird entscheidend sein, inwieweit die Proklamationen der Staats- und Parteispitze auch eingelöst werden. Bekanntlich war der Schlüsselsatz in Bischof Schönherr's Erklärung beim Gespräch mit Honecker: „Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“ Von Verbesserung wird man deshalb nur in dem Maße sprechen können, in dem sich in Zukunft diese Erfahrungen verbessern. Das gilt natürlich auch für die katholische Kirche.

H. G. K.

Lateinamerika: das Arbeitspapier für die Konferenz von Puebla

„Heute, zehn Jahre nach Medellín, stehen wir vor neuen Problemen und neuen Perspektiven. Wir registrieren neue Klarheit und neue Verwirrung... Eine unschätzbar reiche, kollektive Erfahrung für die Kirche und ganz Lateinamerika will verarbeitet werden und neue Erleuchtung in der Verkündigung des Evangeliums finden. Das ist der Grund für die Konferenz von Puebla.“ („Evangelisierung in Gegenwart und Zukunft Lateinamerikas“ – III. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe – Vorbereitungsdokument für die Bischofskonferenzen, Nr. 87).

Das vom Lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM herausgegebene und seit Jahresbeginn allen lateinamerikanischen Bischöfen vorliegende Arbeitspapier für das Bischofstreffen in Puebla (12. bis 28. Oktober 1978) hat

innerkirchlich erwartungsgemäß unterschiedliche Aufnahme gefunden (vgl. HK, Oktober 1977, 492 ff). So erfüllt das 214 Seiten umfassende Dokument „mit provisorischem Charakter“ (CELAM-Generalsekretär, Weihbischof *Alfonso Lopez Trujillo*) die Erwartungen derjenigen, denen an einer gründlichen Vorbereitung und einem fest abgesteckten thematischen Rahmen für die dritte Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats gelegen ist.

Was wird mit dem Dokument bezweckt?

Theoretisch könnte das Arbeitspapier in seiner endgültigen Form (nach Berücksichtigung der Stellungnahmen aus den einzelnen Bischofskonferenzen,

der lateinamerikanischen Vereinigung der Orden [CLAR etc.]) inhaltlich stark von dem jetzigen vorliegenden Text abweichen; *wahrscheinlicher* ist jedoch, daß in diesem mit Rom sorgfältig abgestimmten Dokument die Weichen für Puebla gestellt werden sollten und auch wurden. Ein – in Erinnerung an die zweite Generalversammlung in Medellín – von konservativen Kirchenkreisen gefürchtetes Spontantreffen mit ausufernder Thematik soll Puebla auch nach dem Willen Roms und der Veranstalter, des CELAM-Büros in Bogotá, nicht werden. Kritiker sehen in dem Arbeitspapier denn auch eine Bestätigung für die schon frühzeitig geäußerte Sorge, die Konferenz von Puebla werde eine Bischofsversammlung im großen Stil, ohne Brisanz und mit restriktiven Beschlüssen, das heißt, in Puebla könnten die Ergebnisse der Konferenz von Medellín 1968 auf ein *in lehramtlicher Hinsicht unbedenkliches Minimum* reduziert werden.

Das Dokument selbst erscheint in Form und Inhalt nicht so provisorisch, wie CELAM-Generalsekretär Lopez in zahlreichen Interviews betont hat. Der von formalen Kriterien bestimmten Aufmachung entspricht die komplizierte thematische Gliederung des umfangreichen Textes. Der erste der drei Hauptteile ist der „*allgemeinen Situation*“ gewidmet und ist in die Kapitel „*Historischer Rückblick*“ (neun Seiten), „*Elemente für eine Gegenwartsanalyse Lateinamerikas*“ (vierzehn Seiten) und „*Evangelisierung und neue Zivilisation*“ (elf Seiten) unterteilt. Zur *Bedeutung der Konferenz von Medellín* heißt es im ersten Kapitel, sie sei „eine frühe Frucht der konziliaren Erneuerung“ – eine nicht ganz eindeutige Wertung des Bischofstreffens, das in den vergangenen Jahren von zahlreichen Bischöfen des Kontinents als charismatisches und prophetisches Ereignis gewürdigt worden ist.

In Kapitel III über „Evangelisierung und neue Zivilisation“ erfolgt die Einordnung der Dokumente von Medellín in die universalkirchliche Doktrin: „Die dritte Generalversammlung von Puebla ist unter bestimmten Aspekten